



Rathaus Umschau

Donnerstag, 21. Juni 2018

Ausgabe 116

ru.muenchen.de

*Als Newsletter oder per WhatsApp
unter [muenchen.de/ru-abo](https://www.muenchen.de/ru-abo)*

Inhaltsverzeichnis

Terminhinweise für Medien	2
Bürgerangelegenheiten	3
Meldungen	4
› Pro-europäische Bewegung: Rathaus wird mit Europafahne beflaggt	4
› „Wahlen waren früher anders!“ – Ausstellung im KVR	4
› Zentralregistratur der Lokalbaukommission: Neue Öffnungszeiten	5
› Kostenlose Theatervorstellungen mit dem Projekt work&act	5
› Taxispark bleibt für einen Tag geschlossen	6
Antworten auf Stadtratsanfragen	7
Anträge und Anfragen aus dem Stadtrat	
Pressemitteilungen städtischer Beteiligungsgesellschaften	

Terminhinweise für Medien

Wiederholung

Freitag, 22. Juni, 11.15 Uhr, Rathaus, Zimmer 204

Bürgermeister Josef Schmid empfängt den Oberbürgermeister von Hanoi, Nguyen Duc Chung, zusammen mit einer neunköpfigen Delegation inklusive Dolmetscher in seinem Amtszimmer.

Wiederholung

Freitag, 22. Juni, 16 Uhr, Angelika-Lex-Weg, Höhe Kazmairstraße 25

Bürgermeisterin Christine Strobl spricht zur Einweihung des Angelika-Lex-Weges. Angelika Lex war Kommunalpolitikerin und Juristin, setzte sich für die Rechte von Geflüchteten ein und war eine engagierte Verteidigerin der Grund- und Bürgerrechte.

Wiederholung

Freitag, 22. Juni, 17.30 Uhr, Kindertreff AKKU, Agilolfingerstraße 1

Der Kindertreff AKKU feiert sein 60-jähriges Bestehen. Bürgermeisterin Christine Strobl überbringt die Grußworte der Stadt.

Dienstag, 26. Juni, 10 Uhr, Referat für Arbeit und Wirtschaft, Herzog-Wilhelm-Straße 15, Raum 6.12

Bürgermeister Josef Schmid präsentiert in einer Pressekonferenz den Jahreswirtschaftsbericht 2018 vor dem Hintergrund seiner bisherigen wirtschaftspolitischen Agenda als Leiter des Referats für Arbeit und Wirtschaft. Der Jahreswirtschaftsbericht gibt einen Überblick über die wichtigsten Ereignisse und Entwicklungen der Münchner Wirtschaft im vergangenen Jahr.

Dienstag, 26. Juni, 11.30 Uhr, Rathaus, Innenhof oder Ratstrinkstube

Bei einem Pressetermin im Rathaus präsentieren Bürgermeisterin Christine Strobl, Sportreferentin Beatrix Zurek und Dr. Wolfgang Wallauer, Bereichsleiter Privatkunden bei Titelsponsor M-net, bei einem „Mini-Sportfestival“ einen sehenswerten Vorgeschmack auf das bunte M-net Münchner Sportfestival, das am Sonntag, 1. Juli, auf dem Königsplatz startet. Dort können wieder über 90 verschiedene Sportarten kostenfrei ausprobiert werden. Im vergangenen Jahr waren 40.000 Münchnerinnen und Münchner dabei.

Beim „Mini-Sportfestival“ sind die Breakdancer von „Step2diz“, die Lacrosespieler vom HLC Rot-Weiß München und die Münchner Meerjungfrau-



en-Schwimmschule zu Gast. Der Termin findet bei gutem Wetter im Innenhof, bei schlechtem Wetter in der Ratstrinkstube statt.

Achtung Redaktionen: Dieser Termin ist für Fotografen geeignet. Voranmeldung bis Montag, 25. Juni, 12 Uhr, bei der Pressestelle des Referats für Bildung und Sport, Christina Warta, per E-Mail an presse.rbs@muenchen.de oder telefonisch unter 233-8 35 31.

Bürgerangelegenheiten

Donnerstag, 28. Juni, 19 Uhr, Aula des Anton-Fingerle-Bildungszentrums, Schlierseestraße 47 (rollstuhlgerecht)

Bürgerversammlung für den Stadtbezirk 17 (Obergiesing – Fasangarten). Der Versammlungsleiter Stadtrat Manuel Pretzl, Vorsitzender der CSU-Fraktion, und die Bezirksausschussvorsitzende Carmen Dullinger-Oßwald informieren zu Beginn über wichtige Themen und Projekte im Stadtbezirk.

Bürgersprechstunde

Von 18 bis 19 Uhr stehen Vertreterinnen und Vertreter aus folgenden Bereichen interessierten Bürgerinnen und Bürgern Rede und Antwort: Baureferat – Gartenbau und Tiefbau, Kreisverwaltungsreferat – Straßenverkehr, Referat für Gesundheit und Umwelt – Energieberatung des Bauzentrums, Münchner Verkehrsgesellschaft, Seniorenbeirat, Polizeiinspektion und die Bezirksausschussvorsitzende Carmen Dullinger-Oßwald.

Donnerstag, 28. Juni, 19 Uhr, Turnhalle der Mittelschule an der Reichenaustraße 3 (rollstuhlgerecht)

Bürgerversammlung für den Stadtbezirk 22 (Aubing – Lochhausen – Langwied). Der Versammlungsleiter Bürgermeister Josef Schmid und der Bezirksausschussvorsitzende Sebastian Kriesel informieren zu Beginn über wichtige Themen und Projekte im Stadtbezirk.

Bürgersprechstunde

Von 18 bis 19 Uhr stehen Vertreterinnen und Vertreter aus folgenden Bereichen interessierten Bürgerinnen und Bürgern Rede und Antwort: Baureferat – Gartenbau und Tiefbau, Kreisverwaltungsreferat – Straßenverkehr, Referat für Gesundheit und Umwelt – Energieberatung des Bauzentrums, Münchner Verkehrsgesellschaft, Seniorenbeirat, Polizeiinspektion und der Bezirksausschussvorsitzende Sebastian Kriesel.

Meldungen

Pro-europäische Bewegung: Rathaus wird mit Europafahne beflaggt

(21.6.2018) Am Samstag, 23. Juni, wird das Rathaus mit der Europafahne beflaggt. Anlass ist die gemeinsame Demonstration der pro-europäischen Bewegungen in München entlang der Ludwig- und Leopoldstraße. Zu den pro-europäischen Bewegungen in München zählen unter anderem folgende Organisationen:

- Pulse of Europe (<https://pulseofeurope.eu>)
- Europa-Union München (www.eu-muenchen.de/)
- Junge Europäische Föderalisten Bayern (www.jef-bayern.de/)
- Volt Europa (www.volteuropa.org)
- Diem25 (diem25.org)
- European City Team Munich
(ehem. Stand Up for Europe www.facebook.com/EUTeamMunich)
- World Economic Forum Global Shapers
(www.globalshapers.org/hubs/munich-hub)

Unter www.MarchForANewEurope.eu sind weitere Infos zur Veranstaltung abrufbar.

„Wahlen waren früher anders!“ – Ausstellung im KVR

(21.6.2018) Im Vorfeld der Landtags- und Bezirkswahl zeigt das Kreisverwaltungsreferat historische Fotografien von Münchner Wahlen vergangener Jahrzehnte. Die Ausstellung „Wahlen waren früher anders!“ ist bis zur kommenden Landtagswahl im Neubau-Foyer des KVR, Ruppertstraße 11, zu den üblichen Öffnungszeiten zu sehen.

„Keine Wahl in München funktioniert ohne akribische Vorbereitungen des Wahlamts im Kreisverwaltungsreferat. Und am Wahlabend könnte kein Münchner Wahlergebnis präsentiert werden ohne die Unterstützung von tausenden ehrenamtlichen Wahlhelferinnen und Wahlhelfern“, sagt Kreisverwaltungsreferent Dr. Thomas Böhle. Die Ausstellung macht auf dieses wichtige Ehrenamt aufmerksam. „Um bei der anstehenden Landtags- und Bezirkswahl einen erfolgreichen Ablauf am Wahlsonntag zu gewährleisten, benötigen wir die Mithilfe von rund 11.000 Bürgerinnen und Bürgern“, so Böhle, der bei dieser Wahl Stimmkreisleiter für die Landeshauptstadt ist. Bei der Recherche nach historischen Bildern ist das Wahlamt auf interessante zeitgeschichtliche Dokumente gestoßen. Die kuriosesten Schnappschüsse und erstaunlichsten Momentaufnahmen sind in der Ausstellung zu sehen. Ein Bild von 1920 zeigt die Briefwahlauszählung in der ehemaligen Augustinerkirche in der Fußgängerzone, in der seit 1966 das Deutsche Jagd- und Fischereimuseum untergebracht ist. Aus den 1950er- und

1960er-Jahren finden sich viele kuriose Bilder, die in Münchner Wahllokalen entstanden sind. Zum Beispiel zwei Damen, die sich hinter einer improvisierten Wahlkabine aus einer alten Pappschachtel gemeinsam über einen Wahlzettel beugen.

Auch auf den Fotos von der Kommunalwahl aus dem Jahr 1946 wird deutlich, dass sich die Arbeitsvorgänge in einem Wahlvorstand über all die Jahrzehnte nicht grundlegend verändert haben. Einen organisatorischen Quantensprung macht aber die moderne Technik möglich. Sie erleichtert heute viele Aufgaben enorm.

Das Wahlamt im Kreisverwaltungsreferat sucht noch Münchnerinnen und Münchner, die sich bei der Landtags- und Bezirkswahl am 14. Oktober ehrenamtlich als Wahlhelfer engagieren möchten. Weitere Informationen zu den Aufgaben gibt es online unter www.muenchen.de/wahlhelfer. Dort ist auch eine verbindliche Online-Anmeldung möglich. Für Fragen stehen die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Wahlamts unter der Wahlhotline 233-9 62 33 oder per E-Mail an wahlhelfer.kvr@muenchen.de zur Verfügung.

Achtung, Redaktionen: Unter dem Shortlink <https://bit.ly/2tnMJ9d> gibt es ein druckfähiges Foto aus der Ausstellung zum Download, frei im Rahmen der Berichterstattung zur Ausstellung mit Rechtevermerk „Stadtarchiv München, Bildsignatur RD 2042E06, Fotograf Rudi Dix“. Es handelt sich um die nicht näher datierte Aufnahme der beiden Damen, die sich hinter einer improvisierten Wahlkabine gemeinsam über einen Wahlzettel beugen.

Zentralregistratur der Lokalbaukommission: Neue Öffnungszeiten

(21.6.2018) Aufgrund ständig weiter steigender Nachfrage und veränderten rechtlichen und organisatorischen Rahmenbedingungen war eine Neustrukturierung der Akteneinsicht bei der Lokalbaukommission (LBK) notwendig. Dies wirkt sich auf die Öffnungszeiten und den Umfang der Akteneinsicht aus. Ab Juli 2018 ist die Akteneinsicht bis auf Weiteres zu folgenden Zeiten in der Zentralregistratur möglich: Montag, Dienstag, Donnerstag und Freitag von 9 bis 12 Uhr, Dienstag und Donnerstag von 13.30 bis 16 Uhr.

Vollständige Akteneinsicht ist in der Regel nur für die Grundstückseigentümerinnen und Grundstückseigentümer oder mit deren schriftlicher Vollmacht möglich.

Bei Nachweis eines berechtigten Interesses ist auch für weitere Personengruppen begrenzte Akteneinsicht hinsichtlich der Planunterlagen möglich.

Kostenlose Theatervorstellungen mit dem Projekt work&act

(21.6.2018) Das Projekt work&act lädt zu kostenfreien Theatervorstellungen im Juni ein. Die Schauspieler haben das Theaterstück „Zusammen Nerven Bruch“ gemeinsam erarbeitet und nehmen alle an Qualifizierungskursen

bei work&act teil, einem Projekt aus dem Münchner Beschäftigungs- und Qualifizierungsprogramm (MBQ). Die Figuren in der Komödie schwimmen, stolpern, hetzen und fliegen durch ihre Lebenswelten, immer auf der Suche nach ihren Träumen.

Die Premiere des Stücks findet am Mittwoch, 27. Juni, 19.30 Uhr, im Gemeindesaal der Gustav-Adolf-Kirche, Hohenaschauer Straße 3, statt. Eine weitere Vorstellung folgt am Donnerstag, 28. Juni. Um Anmeldung wird gebeten per E-Mail an t.ozimkovska@deb-gruppe.org.

Das Projekt work&act trägt seinen Auftrag bereits im Namen: arbeiten und handeln. Ziel ist es, arbeitslose Frauen und Männer in Beschäftigung zu integrieren sowie Gewerbetreibende und Ökonomie vor Ort zu stärken. Das Theaterprojekt ist dabei ein wichtiger Baustein, der im Rahmen der Qualifizierungskurse zur Interkulturellen Pflege- und Betreuungsassistenz oder zur Hausmeister-Service-Assistenz zum Erlernen der Sprache sowie sozialer Kompetenzen angeboten wird.

Work&act wird vom Referat für Arbeit und Wirtschaft koordiniert und von den Teilprojektpartnern Deutsches Erwachsenen-Bildungswerk (DEB gGmbH) und Münchner Gesellschaft für Stadterneuerung mbH (MGS) durchgeführt. Das Projekt work&act wird im Rahmen des ESF-Bundesprogramms „Bildung, Wirtschaft, Arbeit im Quartier - BIWAQ“ durch das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit (BMUB) und dem Europäischen Sozialfonds gefördert. Das Programm Soziale Stadt wird vom Referat für Stadtplanung und Bauordnung umgesetzt. BIWAQ ist ein Partnerprogramm der Sozialen Stadt. Das Referat für Arbeit und Wirtschaft unterstützt BIWAQ durch das Münchner Beschäftigungs- und Qualifizierungsprogramm (MBQ).

Weitere Informationen im Internet unter www.muenchen.de/mbq

Taxispark bleibt für einen Tag geschlossen

(21.6.2018) Der neue Taxispark wird seit seiner Inbetriebnahme im Frühjahr bereits intensiv genutzt. Wie im Januar bereits angekündigt, werden nun in einem letzten Arbeitsschritt die asphaltierten Wege abgestreut. Während der Arbeiten am Freitag, 22. Juni, die nur bei trockenem Wetter möglich sind, muss der Park für einen Tag geschlossen bleiben; wenn es regnet, wird der Termin verschoben.

Im April 2017 hatte das Baureferat mit dem Umbau des sogenannten Taxisgeländes im Stadtbezirk Neuhausen-Nymphenburg begonnen; im Frühling 2018 konnte der Park in Betrieb genommen werden. Das Eröffnungsfest für den neuen Taxispark findet am Freitag, 3. August, statt.



Antworten auf Stadtratsanfragen

Donnerstag, 21. Juni 2018

Kinderversorgung für Berufstätige in Schichtarbeit

Anfrage Stadtrats-Mitglieder Anja Burkhardt, Beatrix Burkhardt, Alexandra Gaßmann, Ulrike Grimm und Heike Kainz (CSU-Fraktion) vom 20.3.2018

Vertreibungspolitik der GBW – wie viele EOF-Haushalte sind betroffen?

Anfrage Stadtrats-Mitglieder Cetin Oraner, Brigitte Wolf (Die Linke) vom 7.5.2018

Kinderversorgung für Berufstätige in Schichtarbeit

Anfrage Stadtrats-Mitglieder Anja Burkhardt, Beatrix Burkhardt, Alexandra Gaßmann, Ulrike Grimm und Heike Kainz (CSU-Fraktion) vom 20.3.2018

Antwort Stadtschulrätin Beatrix Zurek:

In Ihrer Anfrage vom 20.3.2018 thematisieren Sie die Öffnungszeiten in den städtischen Kindertageseinrichtungen, insbesondere das Thema Betreuung bzw. Öffnung über Nacht für im Schichtdienst arbeitende Eltern.

Zu den im Einzelnen gestellten Fragen kann ich Folgendes berichten:

Frage 1:

Welche städtischen Angebote gibt es, um Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die im Schichtbetrieb arbeiten, eine Betreuung ihrer Kinder (auch über Nacht) zu gewährleisten?

Antwort:

Die Flexibilität der Betreuungszeiten in Kindertageseinrichtungen ist seit vielen Jahren ein Thema, das Eltern, aber auch Erziehungspersonal und Träger von Kindertageseinrichtungen beschäftigt. Selbstverständlich gehört es zu den Aufgaben der institutionellen Kinderbetreuung, das zeitliche Angebot auf die Bedürfnisse der Familien möglichst passgenau abzustimmen. Der Städtische Träger des Geschäftsbereichs KITA im Referat für Bildung und Sport geht hier seit langem einen Weg, der bei der Elternschaft auf größte Zustimmung stößt.

So sind die Ergebnisse der Elternbefragungen aus den vergangenen Jahren eindeutig und belegen die hohe Bedarfsorientierung und Akzeptanz der angebotenen Betreuungszeiten. Der Aussage „Die Öffnungszeiten der Kindertageseinrichtung entsprechen meinem Bedarf“ stimmten im vergangenen Befragungsjahr 2017 rund 94% der Eltern mit „ja“ zu. Nur knapp 6% verneinten die Frage.

Oft verbirgt sich hinter dem „nein“ der Wunsch nach anderen Buchungszeiten innerhalb der bestehenden Öffnungszeit. Wünsche nach anderen Öffnungszeiten wurden nur vereinzelt einrichtungsbezogen zurückgemeldet. Wie schon seit Jahren wurden in bewährter Weise jeweils Einzelfalllösungen vor Ort entwickelt. Ein relevanter Bedarf an erweiterten Öffnungszeiten von städtischen Kindertageseinrichtungen ist vor diesem Hintergrund nicht festzustellen.

Die Landeshauptstadt München hat schon seit jeher den Aspekt möglichst umfanglicher, am tatsächlichen Bedarf ausgerichteter Betreuungszeiten aufgegriffen und in ihren städtischen Kindertageseinrichtungen umgesetzt. Viele Einrichtungen bieten bei Bedarf Öffnungszeiten von bis zu 11 Stunden täglich an (7-18 Uhr gemäß Satzung). Versuche mit Wochenend- und Feiertagsöffnungen bzw. Öffnungszeiten vor 7 Uhr in einzelnen Kindertageseinrichtungen an den ehemals städtischen Krankenhäusern wurden mangels Nachfrage wieder eingestellt.

Aus pädagogischer Perspektive sind stark ausgedehnte Öffnungszeiten von Kindertageseinrichtungen durchaus kritisch zu betrachten: So stellt sich die Frage nach der Rücksichtnahme auf kindliche Bedürfnisse. Hier sind nicht nur die Träger von Kindertageseinrichtungen gefordert – vielmehr geht es um zentrale Fragen gesamtgesellschaftlich zu verantwortender Familienpolitik. Es sollte nicht der ausschließliche Weg sein, einseitig die Öffnungszeiten von Kindertageseinrichtungen an die Arbeitswelt anzupassen. Vielmehr müssen auch die Arbeitszeiten so gestaltet werden, dass sie zu den Bedürfnissen von Eltern und Kindern passen.

Insbesondere vor dem Hintergrund des derzeitigen Mangels an qualifiziertem Fachpersonal ist auch der Personaleinsatz in Kindertageseinrichtungen ein Thema: Im immer noch klassischen „Frauenberuf“ Erzieherin bzw. Kinderpflegerin (Frauenanteil ca. 94%) arbeiten naturgemäß auch viele Mütter. Die Ausdehnung der Betreuungszeiten in Kindertageseinrichtungen bedeutet damit auch für diese Mütter eine wenig familienfreundliche Ausdehnung ihrer Arbeitszeiten.

Nicht zuletzt sind die Kosten der zusätzlich erforderlichen Ressourcen im Hinblick auf ihre Finanzierbarkeit kritisch zu hinterfragen.

Aus der Sicht des Städtischen Trägers kommen für Betreuungszeiten etwa am späten Abend oder am Wochenende am ehesten private Anbieter ohne feste Kernzeiten (z.B. „Kinderhotel“) in Betracht. Auch die Ausweitung des Angebots an Betriebskindertageseinrichtungen könnte eine am speziellen Bedarf (wie z.B. Schichtdienst) orientierte Lösung darstellen. Das wäre allerdings eine Aufgabe, der sich vermehrt die betreffenden Arbeitgeber stellen müssten, selbstverständlich mit der notwendigen Unterstützung durch die Kommune.

Dem Bereich Aufsicht und Koordination Freie Träger im Geschäftsbereich KITA sind bisher ebenfalls keine besonderen Angebote für Schichtdienst und allfällige Übernachtungsmöglichkeiten seitens der freien Träger bekannt.

Frage 2:

Gibt es Zahlen, die den Bedarf belegen?

Antwort:

Hier sei zunächst auf die Ausführungen zu Frage 1 hingewiesen.

Ergänzend hierzu kann festhalten werden, dass im Jahr 2016 dem Bereich Aufsicht und Koordination freie Träger im Geschäftsbereich KITA zweimal von einer Trägerin ein Antrag zu einem Übernachtungsangebot im Kindergartenbereich angefragt und auch das vorläufige Konzept dazu vorgelegt worden ist. Nach der ersten Anfrage hat die Trägerin jedoch aus wirtschaftlichen Gründen von dem Vorhaben Abstand genommen.

Beim zweiten Anlauf konnte die Trägerin keine geeigneten Räumlichkeiten finden und hat sich letztlich aufgrund der geringen verbindlichen Nachfrage auch nicht weiter darum bemüht.

Frage 3:

Gibt es eine Zusammenarbeit mit entsprechenden Partnern im Bereich des Gesundheitswesens, der Gastronomie und weiteren Berufsgruppen, bei denen Schichtarbeit zum normalen Arbeitsablauf gehören? (Bitte Auflistung der Angebote)

Antwort:

Entsprechend den Ausführungen zu Frage 1 pflegt der Städtische Träger explizit zum Thema Schichtarbeit keine zusätzliche Zusammenarbeit mit anderen Partnern.

Seitens des Bereichs Aufsicht und Koordination Freie Träger im Geschäftsbereich KITA findet von dort ebenfalls keine entsprechende Zusammenarbeit statt.

Um Kenntnisnahme der vorstehenden Ausführungen wird gebeten. Ich gehe davon aus, dass die Angelegenheit damit abgeschlossen ist.

Vertreibungspolitik der GBW – wie viele EOF-Haushalte sind betroffen?

Anfrage Stadtrats-Mitglieder Cetin Oraner, Brigitte Wolf (Die Linke) vom 7.5.2018

Antwort Stadtbaurätin Professorin Dr.(I) Elisabeth Merk:

Mit Schreiben vom 7.5.2018 haben Sie gemäß § 68 GeschO folgende Anfrage an Herrn Oberbürgermeister gestellt, die vom Referat für Stadtplanung und Bauordnung wie folgt beantwortet wird.

In Ihrer Anfrage führen Sie Folgendes aus:

„Nach dem Verkauf der GBW an die Patrizia erhöht diese in regelmäßigen Abständen die Mieten entsprechend der gesetzlichen Regelungen. Im konkreten Fall der Adams-Lehmann-Straße und anderer geförderter Wohnungen in München führt dies dazu, dass die Mieten von Wohnungen in der Einkommensorientierten Förderung von 9 Euro auf über 11 Euro gestiegen sind. Und bei der Entwicklung der Münchner Vergleichsmieten ist hier kein Ende abzusehen. Dies führt dazu, dass die Haushalte, die eine einkommensorientierte Förderung erhalten, diese Mieten nicht mehr bezahlen können und teilweise verzweifelt nach einer Lösung suchen. Um einen Überblick über die Zahl der betroffenen Menschen zu gewinnen, bitte ich um Beantwortung der folgenden Fragen:“

Frage 1:

Wie viele EOF-Wohnungen sind seit Bestehen des Programms im Jahr 2001 in München entstanden?

Antwort:

In München wurden von 2001 bis Ende 2017 ca. 9.933 Wohneinheiten im Rahmen des staatlichen Förderprogramms EOF gefördert bzw. überwiegend auch bereits errichtet.

Frage 2:

Wie viele dieser Wohnungen erhielten eine Zusatzförderung der Stadt, so dass Mietanpassungen durch ein Index-Verfahren gedämpft werden?

Antwort:

Erst mit der am 8.4.2015 ergänzten Regelung zu den Mieterhöhungen in der EOF in Nr. 14.2 der Wohnraumförderungsbestimmungen 2012 – WFB

2012 wurde vom Freistaat Bayern die Rechtsgrundlage geschaffen, durch eine städtische Zusatzförderung (z.B. Grundstück, kommunale Fördermittel) eine einheitliche Anwendung der mieterfreundlichen städtischen Index-Mietanpassung für EOF-Wohnungen auf städtischen und auf privaten Grundstücken mit einer Sozialbindung vereinbaren zu können. Alle seither geförderten 1.576 EOF-Wohnungen erhielten eine solche städtische Zusatzförderung. Zusätzlich hat der Stadtrat auch beschlossen, für die ca. 4.825 EOF-Wohnungen der städtischen Wohnungsgesellschaften, unabhängig davon, wann sie gefördert wurden, die Index-Mietanpassung anzuwenden.

Frage 3:

Wie viele dieser EOF-Wohnungen befinden sich im Eigentum der GBW?

Antwort:

Von den insgesamt 9.933 Wohnungen in der EOF befinden sich ca. 1.064 Wohnungen im Eigentum der GBW. Von den Wohnungen der GBW fallen wiederum ca. 99 Wohnungen in die Index-Anpassung.

Frage 4:

Gibt es auch aus anderen Wohnanlagen der GBW Klagen über regelmäßige Mieterhöhungen wie im Fall der Adams-Lehmann-Straße

Antwort:

Bei der Mietfachstelle im Referat für Stadtplanung und Bauordnung gingen auch aus anderen Wohnanlagen der GBW Anfragen von Mieterhaushalten hinsichtlich der Berechtigung von Mietanpassungen ein. Soweit uns bekannt, wurden in diesen Fällen die Mietanpassungen aber hingenommen und auch keine Rechtsmittel eingelegt.

Frage 5:

Gibt es bereits Fälle, in denen das Jobcenter die steigenden Mieten von EOF-Wohnungen nicht mehr akzeptiert und die Mieterinnen und Mieter zu einer Mietsenkung aufgefordert werden?

Antwort:

Wie das Sozialreferat bei der Beantwortung Ihrer schriftlichen Anfrage vom 31.8.2017 in der gleichen Angelegenheit schon ausgeführt hat, fordert das Jobcenter erst zu einer Mietsenkung auf, wenn die tatsächlichen Mietkosten die angemessene Miethöhe um mehr als 10% übersteigen. Liegen die Kosten darüber, wird geprüft, ob diese trotzdem im Einzelfall noch als angemessen anzusehen sind. Dabei werden persönliche Umstände wie

die Einbindung in das soziale Umfeld bei Familien mit Kindern, schwere Erkrankung und Behinderungen, Pflege von Angehörigen usw. berücksichtigt.

Frage 6:

Gibt es aktuell die Möglichkeit, den Förderzuschuss für die von den Mieterhöhungen betroffenen Mieterhaushalte zu erhöhen, so dass deren Mietbelastung leistbar bleibt?

Antwort:

Nach den derzeitigen staatlichen Förderbestimmungen für die EOF ändert sich der vom Freistaat geleistete Förderzuschuss (die Landeshauptstadt München zahlt diesen nur aus und überprüft die Einkommenshöhe) bei Mietanpassungen nicht. Dies würde eine Rechtsänderung durch den Freistaat voraussetzen. Nachdem auch dies nur den Mieterhaushalten zu Gute kommen würde, die von ihrem Einkommen her noch einen Mietzuschuss bekommen, aber alle Haushalte von den über die Indexanpassung deutlich hinausgehenden Erhöhungen betroffen sind, hat sich der Oberbürgermeister, der das Anliegen der Mietergemeinschaft ausdrücklich unterstützt, in einem Brief an Staatsministerin Ilse Aigner gewendet, um eine Lösung für diesen und ähnlich gelagerte Fälle zu finden.

Anträge und Anfragen aus dem Stadtrat

Donnerstag, 21. Juni 2018

Zukunft des Amateureisports in München VI – Dameneishockey in München fördern

Antrag Stadtrats-Mitglieder Sabine Bär, Anja Burkhardt, Kristina Frank, Ulrike Grimm, Heike Kainz und Johann Sauerer (CSU-Fraktion)

Zukunft des Amateureisports in München VII – Günstige Eisflächen für Vereine und Schulen

Antrag Stadtrats-Mitglieder Sabine Bär, Anja Burkhardt, Kristina Frank, Ulrike Grimm, Heike Kainz und Johann Sauerer (CSU-Fraktion)

Jungen eine – Vorurteilen und Gewalt keine – Chance geben!

Antrag Stadtrats-Mitglieder Kathrin Abele, Verena Dietl, Anne Hübner, Heimo Liebich, Christian Müller, Cumali Naz, Julia Schönfeld-Knor und Birgit Volk (SPD-Fraktion)

Bau des U5-Tunnels oder Aufrechterhaltung der Fahrspuren während der Tunnelbauzeit

Was ist der Grund für die geplante Fällung von über 700 Bäumen in der Gotthardstraße?

Anfrage Stadtrats-Mitglieder Paul Bickelbacher, Herbert Danner, Katrin Habenschaden, Anna Hanusch, Sabine Krieger, Hep Monatzeder, und Sabine Nallinger (Fraktion Die Grünen – rosa liste)

Verkehrlich wird es eng in Harlaching – Verkehrsgutachten erstellen und U-Bahn prüfen!

Antrag Stadtrats-Mitglieder Johann Altmann, Dr. Josef Assal, Eva Caim, Richard Progl und Mario Schmidbauer (Fraktion Bayernpartei)

Betreuungsreferat für die Städtische Klinikum München GmbH (STKM) wechseln von der Stadtkämmerei zum Referat für Gesundheit und Umwelt

Antrag Stadtrats-Mitglieder Dr. Wolfgang Heubisch, Dr. Michael Mattar, Gabriele Neff, Thomas Ranft und Wolfgang Zeilinhofer (Fraktion FDP – HUT)

Herrn
Oberbürgermeister
Dieter Reiter
Rathaus
80331 München

Stadträtin Kristina Frank
Stadträtin Ulrike Grimm
Stadträtin Sabine Bär
Stadträtin Heike Kainz
Stadträtin Anja Burkhardt
Stadtrat Johann Sauerer

ANTRAG

21.06.2018

Zukunft des Amateureisports in München VI – Dameneishockey in München fördern

Die Landeshauptstadt München unterstützt den ESC Eissportclub München e. V. beim Aufbau einer Damenmannschaft mit dem Ziel, Bundesliganiveau zu erreichen.

Begründung:

Der ESC Eissportclub München e. V. hat sich der Aufgabe der Nachwuchsförderung verschrieben. Schon die ganz jungen Kinder lernen in einer „Laufschule“ das richtige Schlittschuhlaufen. Frühestens nach Vollendung des 5. Lebensjahres werden sie nach und nach in ihre erste richtige Eishockey-Mannschaft integriert.

Im Eishockey-Jugendbereich spielen Buben und Mädchen gemeinsam im Liga-Betrieb. Es gibt erfreulicherweise viele Mädchen, die beim ESC trainieren und spielen. Leider kann der Verein den jungen Frauen, sobald sie aus der Altersklasse der Junioren fallen, mangels verfügbarer Eisflächen keine Heimat mehr bieten. Aus den vielen begabten jungen Damen könnte eine sehr erfolgreiche Damenmannschaft entstehen, die Bundesliganiveau erreicht.

Zudem steht die Damenabteilung des VfR Angerlohe vor der Auflösung. Auch ihnen könnte der ESC in Zusammenarbeit mit Stadt und Deutschem Eishockey – Bund e. V. (DEB) ein neues Dach bieten. Große Ziele wie ein Bundesligastandort München für weibliche Spielerinnen setzen Anreize für den Breitensport und die Nachwuchsförderung. Zudem könnte dadurch zusätzliche Gelder von Bund und Land akquiriert werden.

Bei entsprechender Gewährung von 1 Stunde Trainingszeit / Woche sowie 10 – 12 Spielen pro Saison könnte der Damenbereich erheblich profitieren.

Initiative:

Kristina Frank
Stadträtin

Ulrike Grimm
Stadträtin

Sabine Bär
Stadträtin

Anja Burkhardt
Stadträtin

Heike Kainz
Stadträtin

Johann Sauerer
Stadtrat

Herrn
Oberbürgermeister
Dieter Reiter
Rathaus
80331 München

Stadträtin Kristina Frank
Stadträtin Ulrike Grimm
Stadträtin Sabine Bär
Stadträtin Heike Kainz
Stadträtin Anja Burkhardt
Stadtrat Johann Sauerer

ANTRAG

21.06.2018

Zukunft des Amateureisports in München VII – Günstige Eisflächen für Vereine und Schulen

Die Landeshauptstadt München überlässt dem ESC Eissportclub München e. V. die benötigten Flächen für die Errichtung und den Betrieb von zwei überdachten Eisflächen für Vereine, Schulen und Kindertagesstätten.

Begründung:

München hat derzeit 4 Anlagen für den Eissport, davon allerdings nur eine überdachte (Olympiagelände). Allein der ESC Eissportclub München e.V. ist in den letzten 4 Jahren von ca. 20 aktiven Kindern auf einen Verein mit 6 Mannschaften und ca. 120 aktiven Kindern und Jugendlichen gewachsen. In diesem Nachwuchsbereich können zur Zeit keine weiteren Mitglieder aufgenommen werden, da keine zusätzlichen Trainingsmöglichkeiten gegeben sind. Es ist nahezu unmöglich, weitere Eiszeiten zu bekommen. Witterungsbedingt fallen zu Beginn der Saison immer wieder Ligaspiele aus und müssen dann im Frühjahr bei der Gastmannschaft nachgeholt werden. Der Bedarf übersteigt bei weitem das Angebot. Der Wachstumstrend besteht seit ca. 5 Jahren, die Situation verschlechtert sich von Jahr zu Jahr.

Nicht nur für Eishockey fehlen Flächen, auch die notwendigen Trainingsmöglichkeiten für den Eiskunstlauf und für schulische Maßnahmen fehlen. Ziel des geplanten „Nordparks“ ist, möglichst kostengünstig und einfach die notwendigen Eisflächen zur Verfügung zu stellen. Es soll sowohl Trainingsbetrieb als auch das Austragen von Wettbewerben und Ligaspielen möglich sein.

Der ESC würde den „Nordpark“ als mobile Eisfläche errichten und einen Verein zum Betrieb gründen, der Betrieb der Halle soll durch einen eingetragenen gemeinnützigen

Verein (Nordparkverein) übernommen werden.

Die Stadt könnte für Schulsport und andere städtische Sportförderungen 2.000 Stunden fix anmieten, um dem Verein Planungssicherheit zu bieten und gleichzeitig Entspannung bei den Eiszeiten zu schaffen.

Initiative:

Kristina Frank
Stadträtin

Ulrike Grimm
Stadträtin

Sabine Bär
Stadträtin

Anja Burkhardt
Stadträtin

Heike Kainz
Stadträtin

Johann Sauerer
Stadtrat

MünchenSPD Stadtratsfraktion ■ Rathaus ■ 80313 München

Herrn
Oberbürgermeister
Dieter Reiter
Rathaus

München, 21.06.2018

Jungen eine – Vorurteilen und Gewalt keine – Chance geben!

Antrag

Die Stadtverwaltung wird gebeten, dem Stadtrat zügig ein Konzept vorzulegen, das zum Ziel hat, die Arbeit mit Jungen an Schulen und in Jugend- und Freizeitstätten personell so zu stärken, dass Rassismus, Homophobie, Antisemitismus und Gewalt umfassender vorgebeugt bzw. begegnet wird.

Begründung

Unter Jungen und jungen Männern unterschiedlichster Herkunft, die in Münchner Schulen lernen oder sich in Freizeitstätten treffen, sind Rassismus, Antisemitismus, ein abwertendes Verhalten gegenüber Mädchen und Frauen sowie Schwulen- und Behindertenfeindlichkeit zunehmend ein Problem. Nicht selten unterliegen Jungen hier falschen und häufig bedenklichen, da überwunden geglaubten, Vorstellungen von Männlichkeit.

Es werden daher deutlich mehr spezifische Angebote für Jungen benötigt, die an Schulen und in Freizeitstätten mit den Kindern und Jugendlichen diese Themen aufgreifen, und präventiv darauf gerichtet sind, dass die Jungs von heute zu aufgeklärten, klugen und vorurteilsbewussten Männern von morgen reifen können.

Das Konzept ist unter Beteiligung der Vertreter der Jungen- und Mädchenarbeit zu erarbeiten und dem Stadtrat noch in diesem Jahr vorzulegen.

gez.

Anne Hübner
Christian Müller
Julia Schönfeld-Knor
Birgit Volk

Verena Dietl
Kathrin Abele
Haimo Liebich
Cumali Naz

Stadtratsmitglieder

MünchenSPD Stadtratsfraktion

Postanschrift: Rathaus, 80313 München
Besuchsanschrift: Rathaus, 80331 München
Tel.: 0 89- 23 39 26 27, Fax: 0 89- 23 32 45 99
E-Mail: spd-rathaus@muenchen.de
www.spd-rathaus-muenchen.de

Herrn
Oberbürgermeister
Dieter Reiter
Rathaus



München, den 21.06.2018

Bau des U5-Tunnels oder Aufrechterhaltung der Fahrspuren während der Tunnelbauzeit

Was ist der Grund für die geplante Fällung von über 700 Bäumen in der Gotthardstraße?

Anfrage

Bei der geplanten Verlängerung der U5 nach Pasing soll entlang der Gotthardstraße zwischen dem Laimer Platz und dem geplanten Bahnhof Willibaldstraße (im Planfeststellungsabschnitt 77) der U-Bahn-Tunnel in offener Bauweise gebaut werden. Gemäß den Planunterlagen erstreckt sich die Baugrube neben der Gotthardstraße auch auf die seitlichen Grünstreifen mit einem wertvollen Baumbestand. Es handelt sich um mittelalten bis alten Baumbestand mit straßenraumprägendem Charakter und wichtigen Funktionen für den Artenschutz, die Biodiversität und das Stadtklima, gerade jedoch für das urbane Mikroklima. Unter anderem bindet er erhebliche Mengen von Staub und vermindert die sommerliche Überhitzung. Nachgepflanzte Ersatzbäume können diese Funktionen erst nach vielen Jahren wieder übernehmen. Im Zeichen des Klimawandels und zur Luftreinhaltung ist es wichtig, möglichst viele Bäume zu erhalten.

Insgesamt befinden sich im Baufeld 939 Bäume, wovon 786 Bäume von der Baumaßnahme direkt betroffen sind. Von den im Baufeld vorhandenen Bäumen haben 559 einen Stammumfang von mindestens 80 cm (in 1m Höhe) und erfüllen damit die Kriterien der Baumschutzverordnung. Von den 559 Bäumen sollen 384 gefällt werden (ca. 69%). Dazu kommen weitere 325 Bäume mit einem Stammumfang unter 80 cm, die ebenfalls gefällt werden sollen. Insgesamt ist damit die Fällung von 709 Bäumen geplant.¹

Der Bund Naturschutz wirft in seiner Pressemitteilung vom 18. Mai 2018 die Frage auf, ob die Fällungen tatsächlich für das Bauvorhaben der U5 unausweichlich sind oder ob der radikale Einschnitt in den Baumbestand der Gotthardstraße nicht auch teilweise dem Wunsch geschuldet ist, den Straßenverkehr während der Bauzeit aufrecht zu erhalten.² Uns ist es deshalb wichtig die Planung insgesamt noch einmal auf den größtmöglichen Erhalt des Baumbestands zu prüfen.

Deshalb fragen wir:

1. Wie viele der Baumfällungen stehen unmittelbar im Zusammenhang mit dem Bau des U-Bahn-Tunnels und wie viele erfolgen nur, da die vorliegende Planung eine zweispurige Straße für den motorisierten Individualverkehr in den Bauphasen aufrecht erhält?

¹ Erläuterungsbericht zum Antrag auf Planfeststellung für den Planfeststellungsabschnitt 77 der U-Bahn-Linie 5 West im Anschluss an den bestehenden U-Bahnhof Laimer Platz, S.33

² <https://bn-muenchen.de/kahlschlag-geplant/>, (18.06.2018)

2. Wie viele Bäume könnten erhalten werden, wenn, wie im Stadtratsbeschluss Nr. 14-20 / V 03325 beschlossen, die Gotthardstraße während der Durchführung der Bauarbeiten für den Durchgangsverkehr gesperrt wird und lediglich Zufahrtsmöglichkeiten für Anlieger, Feuerwehr und Rettungsdienste aufrecht erhalten werden und gleichzeitig die Linienführung der Buslinie 57 in diesem Bereich geändert wird?

3. Welche Auswirkungen hat die Aufrechterhaltung des Durchgangsverkehrs auf die Zeitplanung und die Kosten der Baumaßnahme?

4 Gemäß der vorliegenden Planung soll die U-Bahn nicht mittig unter der Gotthardstraße sondern leicht nördlich verschoben verlaufen. Wie viele Bäume könnten erhalten werden, wenn die Linienführung der U-Bahn nicht nach Norden sondern nach Süden verschoben wird? Könnten so die Bäume auf der Nordseite der Gotthardstraße erhalten werden?³

5. Ist die Abstellanlage als drittes Gleis zwischen den Durchfahrtsgleisen an dieser Stelle und in dieser Größe notwendig? Welche Varianten wurden untersucht und wie viele Bäume könnten erhalten werden, wenn die Abstellanlage verschoben wird?

6. Wird die Kapazität der neuen Abstellanlage gegenüber den bisherigen Kapazitäten vergrößert?

Initiative:

Katrin Habenschaden
Anna Hanusch

Sabine Krieger
Sabine Nallinger

Herbert Danner
Hep Monatzeder

Paul Bickelbacher

Mitglieder des Stadtrates

³ Sitzungsvorlage Nr. 14-20 / V 10259, S. 6



An den Oberbürgermeister
der Landeshauptstadt München
Herrn Dieter Reiter
Rathaus, Marienplatz 8
80331 München

München, 21.06.2018

ANTRAG

Verkehrlich wird es eng in Harlaching – Verkehrsgutachten erstellen und U-Bahn prüfen!

1. Begleitend zur Nachnutzungsprüfung der freiwerdenden Flächen für das Klinikgelände Harlaching wird ein Verkehrsgutachten erstellt und dem Stadtrat zur Beratung bzw. Beschlussfassung vorgelegt.
2. Es wird geprüft, ob eine Verlängerung der U1 bis zum Krankenhaus Harlaching eine Entlastung für das bereits jetzt angespannte Verkehrsaufkommen für den Stadtteil Harlaching bringt. Des Weiteren werden Gespräche über eine mögliche U-Bahn-Verlängerung über die Stadtgrenzen hinaus mit Umlandgemeinden geführt.

Begründung:

Mit bekannt werden, dass die Stadt auf dem Gelände des Krankenhauses Harlaching in einem ersten Schritt die Machbarkeit für eine Schule mit ca. 300 Schülern und eine Rehaeinrichtung mit ca. 200 Betten prüft, werden Befürchtungen der Bürger im Stadtteil Harlaching zum zukünftigen Verkehrsaufkommen und der mit dieser Planung verbundenen Mehrung des Verkehrs laut. Schon jetzt ist insbesondere die verkehrliche Belastung der Geiseltalstraße deutlich spürbar.

Mit der weiteren Entwicklung wie z.B. dem vorgemerkten Bau einer Diagnostik- und Versorgungsklinik der Stiftung Krankenhaus für Naturheilverfahren oder die von der Regierung von Oberbayern gewünschte Reservierung einer Fläche für einen Erweiterungsbau des Krankenhauses Harlaching, muss die verkehrliche Entwicklung Schritt halten.

Weitere Nachnutzungen freiwerdender Flächen bzw. ein Gesamtkonzept zum Gelände Krankenhaus Harlaching steht noch mit Beschluss vom Juli 2015 aus.

Auch die Umlandgemeinden Grünwald usw. werden sich für eine verbesserte verkehrliche Entwicklung interessieren und sollten hierbei in die Planungen miteinbezogen werden.

Initiative:

Eva Caim

weitere Fraktionsmitglieder:

Johann Altmann, Dr. Josef Assal, Richard Progl, Mario Schmidbauer

BAYERNPARTEI Stadtratsfraktion

Rathaus, Marienplatz 8 • Geschäftsstelle: Zimmer 116 • 80331 München
Telefon: 089 / 233 – 20 798 • Fax: 089 / 233 – 20 770 • E-Mail: bayernpartei@muenchen.de



Herrn
Oberbürgermeister
Dieter Reiter
Rathaus

21.06.2018

Antrag
Betreuungsreferat für die Städtische Klinikum München GmbH (StKM) wechseln
von der Stadtkämmerei zum Referat für Gesundheit und Umwelt

Der Stadtrat möge beschließen:

Mit Wirkung zum 1. November 2018 wird die Stadtkämmerei von der Betreuung der Städtischen Klinikum München GmbH entbunden und das Referat für Referat für Gesundheit und Umwelt mit dieser Aufgabe betraut.

Begründung:

Mit dem nun bevorstehenden Wechsel des Kämmerers sollte die Ausnahmesituation bei der Überwachung der Städtischen Klinikum München GmbH (StKM) enden. Zumal absehbar ist, dass sich der neue Kämmerer erst einmal gründlich in seine Aufgabe einarbeiten muss. Zwar ist die finanzielle Krise der städtischen Kliniken noch nicht überwunden und finanzwirtschaftlicher Sachverstand von Nöten. Dem sollte aber dadurch Rechnung getragen werden, dass die Mitarbeiter der Kämmerei, die mit der Betreuung der StKM befasst sind, ins RGU wechseln. Wichtig ist, dass der gesundheitspolitische Sachverstand wieder stärker seitens des Stadtrats zum Tragen kommt. Deshalb soll das Referat für Gesundheit und Umwelt die Betreuung übernehmen.

Gez.
Dr. Michael Mattar
Fraktionsvorsitzender

Gez.
Dr. Wolfgang Heubisch
Stadtrat

Gez.
Wolfgang Zeilnhöfer
Stadtrat

Gez.
Gabriele Neff
Stellv. Fraktionsvorsitzende

Gez.
Thomas Ranft
Stadtrat

Pressemitteilungen städtischer Beteiligungsgesellschaften

Donnerstag, 21. Juni 2018

Welt-Giraffen-Tag in Hellabrunn

Pressemitteilung Tierpark Hellabrunn

Pressemitteilung

Welt-Giraffen-Tag in Hellabrunn

Am Samstag, den 23. Juni 2018 feiert der Tierpark Hellabrunn den Welt-Giraffen-Tag. Im Rahmen des Aktionstages erfahren die Besucher bei einer Quizrallye, am Infostand und bei exklusiven Tierpfleger-Treffpunkten allerlei Informatives, Spannendes und Außergewöhnliches über Giraffen.

In diesem Jahr beteiligt sich Hellabrunn bereits zum vierten Mal am Welt-Giraffen-Tag. Der weltweite Aktionstag, der eigentlich am 21. Juni stattfindet, wurde von der Giraffe Conservation Foundation (GCF) ins Leben gerufen, um auf die höchsten Landsäugetiere aufmerksam zu machen.

In diesem Jahr liegt der Fokus auf einem Umsiedlungsprojekt für Nubische Giraffen in Uganda. Das Ziel dabei ist die gezielte Umsiedelung dieser der stark bedrohten Giraffenart, um das Verbreitungsgebiet zu vergrößern und neue Populationen zu gründen. Derzeit wird der Bestand der Nubischen Giraffe auf lediglich 3.000 Individuen geschätzt. Anlässlich des Welt-Giraffen-Tags sammelt Hellabrunn Spenden für das Gemeinschaftsprojekt „Operation Twiga“ der Giraffe Conservation Foundation und der Ugandischen Naturschutzbehörde.

Im Rahmen des Aktionstags informieren von 10 bis 16 Uhr Zoo-Guides am Infostand an der Giraffensavanne über den Status, die Gefährdung und den Schutz von Giraffen. Außerdem berichten Tierpfleger um 10:15 Uhr und 13:30 Uhr bei Tierpfleger-Treffpunkten über ihre Arbeit mit den Hellabrunner Giraffen. Bei einer Quizrallye können die Besucher nicht nur ihr Wissen über die langhalsigen Säugetiere testen, sondern auch eine exklusive Führung durch den Tierpark gewinnen.

In der 10.000 Quadratmeter großen Giraffensavanne im Münchner Tierpark leben derzeit fünf afrikanische Netzgiraffen: Bahati, Baridi, Makena, Taziyah und Zawadi. Der natürliche Lebensraum von Netzgiraffen sind Savannen in Kenia, Äthiopien und Somalia.

München, den 20.06.2018/39

Weitere Informationen:

Lisa Reininger

Pressereferentin

Münchener Tierpark Hellabrunn AG

Tierparkstr. 30, 81543 München

Tel: +49(0)89 62508-718

Fax: +49(0)89 62508-52

Email: presse@hellabrunn.de

Website: www.hellabrunn.de

<http://www.facebook.com/tierparkhellabrunn>

Münchener Tierpark Hellabrunn AG

Vorsitzende des Aufsichtsrates:

Christine Strobl, 3. Bürgermeisterin

Vorstand:

Rasem Baban

Eingetragen in das Handelsregister

des Amtsgerichts München, HRB 42030

UST-IdNr.: DE 129 521 751